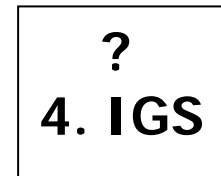


Aktion: 4. IGS in Braunschweig

neu---neu <http://www.igs.unser-braunschweig.de> **neu---neu**

Liebe IGS-Freunde,
gerne sende ich euch die Pressemitteilung der Schülersvertretung IGS-FF. Die „Aktion 4. IGS“ in Braunschweig freut sich, dass ihr an dieser wichtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung aktiv teilnehmt.

Gruß
Uwe Meier

Braunschweig, 23. November 2007

Pressemitteilung der Schülersvertretung der Integrierten Gesamtschule Franzshes Feld

Die Schüler der IGS Franzshes Feld können nicht nachvollziehen, dass der Schulausschuss der Stadt Braunschweig beschlossen hat, eine Außenstelle einer der bestehenden 3 Gesamtschulen einzurichten. Damit würde zwar der Elternwille, ihre Kinder auf einer IGS anzumelden umgesetzt werden, eine geteilte IGS kann jedoch nicht die pädagogisch wertvolle und sozial gerechte Arbeit leisten, die unter anderem das Grundprinzip dieser mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Schulform darstellt.

Aufgrund dessen fordern wir den Rat der Stadt Braunschweig auf, gegen die Einrichtung einer Außenstelle zu stimmen. Die Argumentation bezüglich der Anmeldezahlen und der Einrichtung einer weiteren IGS, sollte das gesetzlich verordnete Gesamtschulverbot fallen, scheinen zwar schlüssig, jedoch wollen die Eltern Braunschweigs ihre Kinder auf einer Gesamtschule anmelden, die den gewohnt hohen Ansprüchen an das Konzept gerecht werden und nicht auf einer Außenstelle, die aufgrund des möglichen Standpunktes Heidberg schon logistisch nicht sinnvoll erscheint, da das Lehrerkollegium in zwei verschiedenen, weit voneinander entfernten Schulgebäuden unterrichten würde. Außerdem können wichtige Organe einer demokratisch organisierten Schule, wie die Gesamt- oder die didaktisch-pädagogische Konferenz, als auch die Schüler- und Elternvertretung nicht sinnvoll organisiert werden.

Eine Integrierte Gesamtschule steht für ein stimmiges Ganzes, in dem gelernt und gelebt werden kann und nicht für Getrennte Schulen unter einer Verwaltung. In Hinsicht auf die Finanzierung einer recht kostspieligen Gesamtschule kommt eine Außenstelle den Vorstellungen der Stadt sicherlich näher, als eine Neugründung. Jedoch sollte die Bildung und damit einhergehend die Zukunft der Kinder keine Sache des Geldes sein, sondern ein Recht für jeden.

Zudem entsteht der Eindruck, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition, als auch die Oppositionsparteien im Hinblick auf die Landtagswahlen und den strittigen Punkt „Gesamtschulverbot“ keine Wähler verprellen und durch die neugeschaffenen Plätze die Gunst der Eltern erlangen wollen. Jedoch überwiegen die Nachteile durch eine Vergrößerung einer der Gesamtschulen. Die Entscheidung des Schulausschusses scheint also eher unüberlegt getroffen zu sein.

Früher oder später wird das Gesamtschulverbot fallen, denn gute Bildung kann und darf nicht mehr von der ideologisch belasteten Debatte bestimmt werden. Es erschließt sich jedem logisch, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der PISA-Studie, als auch den Auszeichnung und Anmeldezahlen der Integrierten Gesamtschulen, dass das Verbot der Errichtung weiterer Schulen eine bildungspolitische Sinnlosigkeit und für das Land nicht weiter tragbar ist.

Was Sie schon immer wissen wollten- was nicht in der Braunschweiger Zeitung steht
<http://www.unser-braunschweig.de/>